

Mörfelden unterschreibt SPD-Spitze wird nervös

Mittlerweile haben über 3.000 Mörfelder Bürger auf der Liste der überparteilichen Bürgerinitiative „Mörfelden bleibt“ gegen die Fusion und die damit verbundene Namensänderung der Stadt unterschrieben. 90 bis 95 Prozent aller angesprochenen Mörfelder unterstützen den Protest mit ihrer Unterschrift. An dieser Tatsache ist nichts zu rütteln! Jetzt aber wird der SPD-Vorstand nervös — er beginnt eine „Offensive für die Fusion“.

Besser wäre es, wenn sich die Mörfelder SPD in die Front der Fusionsgegner einreihen würde. Nur durch gemeinsames Vorgehen kann der falsche Fusionsbeschluss vom Tisch gewischt werden.

Wer nimmt wem die Butter vom Brot?

Was in diesen Tagen die Mörfelder SPD-Spitze von sich gibt, geht auf keine Kuhhaut. Aufgeschreckt von den demokratischen Aktivitäten der Fusionsgegner, schlägt man wild um sich. Man schimpft und bringt eine Unsachlichkeit in die Diskussion, die niemand in Mörfelden versteht.

Gerhard Arndt, der Vorsitzende, meint: „Die Pharisäer und Scharlatane, die heute die Bürger gegen die Fusion mobilisieren möchten, verhalten sich zerstörend an der Gemeinschaft.“

Da kann man doch nur den Kopf schütteln. Menschen, die in dieser Frage anderer Meinung sind, sind bei Arndt Scharlatane — die die Gemeinschaft zerstören wollen. Tiefer geht's nicht mehr. Oder nehmen wir die Äußerungen von Eginhard Thomas, dem neuen SPD-Fraktionsvorsitzenden: Er meint, die parlamentarische Arbeit der Mörfelder DKP sei „fachlich und politisch indiskutabel“. Da haben wir ihn wieder, den alten Hochmut derer, die sich nicht daran gewöhnen können, daß sie nicht mehr allein die bestimmende politische Kraft in dieser Stadt sind. Thomas will nicht wahrhaben, daß auch in anderen Parteien engagiert Mörfelder Kommunalpolitik diskutiert wird — und daß auch von anderen gute Vorschläge kommen. Die Bürger der Stadt wissen dies längst — ob es Eginhard Thomas noch lernt?

Beinahe schon lustig sind die Äußerungen des Walldorfer Sozialdemokraten Jürgen May, der glaubt, die Unterschriftensammlung sei „Betrug am Bürger“. Er will die Mörfelder „vor diesem Fehltritt bewahren“ und mahnte: „Die Kommunisten nehmen uns die Butter vom Brot!“

Nein — meine Herren, die Kommunisten nehmen Euch nicht die Butter vom Brot, das macht Ihr schon selbst — mit einer Politik, die fundamentale Interessen der Bevölkerung mißachtet.

Rudi Hechler



Mörfelden unterschreibt! Nur gemeinsam kann man die Fusion abwehren!

Brief der überparteilichen Bürgerinitiative „Mörfelden bleibt“ an den Vorstand der SPD-Mörfelden

An die
Sozialdemokratische Partei
Mörfelden
z.Hd. Herrn Gerhard Arndt
Neckarstraße 10

6082 Mörfelden

Mörfelden, den 21. Februar 1976

Sehr geehrte Damen und Herren,
wir sind sehr erstaunt über den Ton, mit dem Sie versuchen, die überparteiliche Bürgerinitiative „Mörfelden bleibt“ zu verleumden. Natürlich verstehen wir, daß Sie als Fusionsbefürworter nervös werden, angesichts der Tatsache, daß in Mörfelden bald 50 Prozent aller Wahlberechtigten mit ihrer Unterschrift bekundeten, daß sie gegen die Fusion und den Kunstnamen „Waldfelden“ sind. Es ist nun mal eine Tatsache, daß 90 bis 95 Prozent aller angesprochenen Mörfelder Bürger gegen die Fusion sind und unterschreiben. Wir meinen, diese Fakten sollten auch in der SPD-Mörfelden, einer Partei mit großen demokratischen Traditionen, zur Kenntnis genommen werden.

Wir weisen erneut Ihre Unterstellung zurück, die Bürgerinitiative „Mörfelden bleibt“ sei kommunistisch gesteuert. Tatsache ist: Hier arbeiten Mörfelder Bürger unterschiedlicher politischer Überzeugung zusammen, um gemeinsam den Kampf gegen die Fusion und Namensänderung zu führen. Selbstverständlich würden wir uns freuen, wenn auch Mitglieder Ihrer Partei, die gegen die Fusion sind, in Zukunft dabei sein würden.

Ihre Äußerung, die Unterschriftensammler der Bürgerinitiative „Mörfelden bleibt“ würden die Bevölkerung in der Art von Zeitschriftenwerbern arglistig täuschen, ist falsch. Bei den Unterschriftensammlern wird überall im Gespräch erklärt, um was es geht — und meist heißt es dann schon: Gebt die Liste her, ich bin gegen die Fusion. Jeder hat außerdem die Gelegenheit, den Text zu lesen.

So sind die Tatsachen, warum aber diffamieren Sie dann Bürger, die nichts anderes tun, als sich für die Selbständigkeit einzusetzen? Im übrigen geht es der Bürgerinitiative „Mörfelden bleibt“ vor allem auch darum, den Willen der Bevölkerung zur Fusion zu ermitteln und zur Geltung zu bringen. Diejenigen in der SPD, die für die Fusion verantwortlich sind, sind bisher jedoch über diesen Willen hinweggegangen.

Wir meinen, eine solche Verleumdungskampagne ist der SPD nicht würdig. Wir sind sicher, daß ein solches Verhalten auch von vielen Mitgliedern Ihrer Partei mißbilligt wird. Die Schärfe und Polemik, die Sie auf Ihrer Pressekonferenz in die Diskussion brachten,

wird von der Bevölkerung nicht verstanden. Wir möchten deshalb auf keinen Fall Ihren gereizten Ton aufgreifen und laden hiermit alle Mitglieder Ihrer Partei ein, sich über die Arbeit der Bürgerinitiative „Mörfelden bleibt“ zu informieren. Gleichzeitig bitten wir Sie, einen Vertreter Ihrer Partei für eine Podiumsdiskussion, die am 18. März 1976 stattfinden wird, zu nennen, damit Sie dort vor der Mörfelder Bevölkerung Ihre Ansichten darlegen können. CDU, FDP und DKP haben bereits zugesagt für dieses Podium Vertreter zu entsenden.

In der Hoffnung, daß ein Votum von 90 Prozent der Bevölkerung Mörfeldens im Vorwahljahr ein Umdenken auch bei Mörfelder Sozialdemokraten hervorruft, verbleiben wir

mit freundlichen Grüßen
Bürgerinitiative
„Mörfelden bleibt“
i.A. Ilona Feutner

Mehr Sachlichkeit ist notwendig

Eginhard Thomas muß sich scheinbar als neuer Fraktionschef profilieren. Anders kann man die Verleumdungen gegen die DKP und die unverschämten Unterstellungen gegen die

überparteiliche Bürgerinitiative „Mörfelden bleibt!“ nicht verstehen.

Mit diesem forschen Vorgehen kann er aber nicht davon ablenken, daß die SPD-Mörfelden mit ihrer Fusionspolitik isoliert dasteht.

Wir sind der Meinung, es stünde der SPD gut an, auch einmal zuzugeben, daß sie mit der geplanten Stadt „Waldfelden“ einen Fehler begangen hat. Tausende Mörfelder, die jetzt gegen die Fusion unterschreiben, darunter viele, die den Sozialdemokraten ihre Stimme gaben, erwarten geradezu eine Kurskorrektur der SPD in dieser Frage.

Die Meinung des neuen SPD-Fraktionsvorsitzenden, die DKP wäre gegen die Fusion, weil sie mit ihren Losungen gegen das Großkapital und für Rüstungssenkung keine Anhänger gewinne, ist bemerkenswert. Thomas beweist damit einmal mehr, seinen politischen Standpunkt, es ist erschreckend, wie weit er sich von den alten Forderungen der Arbeiterbewegung gegen das Groß- und Rüstungskapital entfernt hat.

Die Bemerkungen des Herrn Thomas, daß Mörfelder Bürger, die Unterschriften gegen die Fusion sammeln, wie betrügerische „Zeitschriftenwerber“ vorgehen, ist ungeheuerlich. Tausende Mörfelder, die den Protest gegen die Fusion unterschreiben wissen nämlich, daß der SPD-Fraktionsvorsitzende lügt. Wir meinen, damit hat sich Herr Thomas selbst disqualifiziert.

Mit Schimpfereien und Verleumdungen kommt man nicht weiter. Notwendig ist ein gemeinsames Vorgehen gegen Wiesbaden!

DKP-Kreisvorstand Groß-Gerau,
i.A. Rudi Hechler, Kreisvorsitzender

Anzeige

90 Prozent aller Mörfelder sind für die Selbständigkeit der Stadt! — Kann man die Fusion über den Kopf der Bürger hinweg durchführen?

PODIUMS DISKUSSION

der überparteilichen Bürgerinitiative
„Mörfelden bleibt“

am Donnerstag, 18. März 1976
20 Uhr, Bürgerhaus, Gesellschaftssaal

Die Vertreter der Mörfelder Parteien, SPD, CDU, DKP
und FDP werden der Bevölkerung Rede und Antwort
stehen.

Alle Mörfelder Bürger sind eingeladen, an dieser interessanten
Veranstaltung teilzunehmen.

Aus der Stellungnahme der DKP-Mörfelden zur „Offensive für die Fusion“ der Sozialdemokratischen Partei

Zu den auf einer Pressekonferenz der SPD-Mörfelden abgegebenen Erklärungen möchten wir hiermit Stellung nehmen, da wir dort hauptsächlich beschuldigt wurden.

Es ist nicht richtig, daß die Bürgerinitiative „Mörfelden bleibt“ unter dem Vorwand gegen den Namen zu sein Stimmen sammelt und dies dann anders auslegt. Auf den Unterschriftenlisten stehen ganz klar die Forderungen und zusätzlich werden in jedem Haushalt vor der Sammlung Flugblätter gegeben, wo diese ebenfalls angeführt sind. Dazu gibt es zahlreiche Presseerklärungen der Bürgerinitiative.

Auch hier werden immer alle Forderungen deutlich genannt.

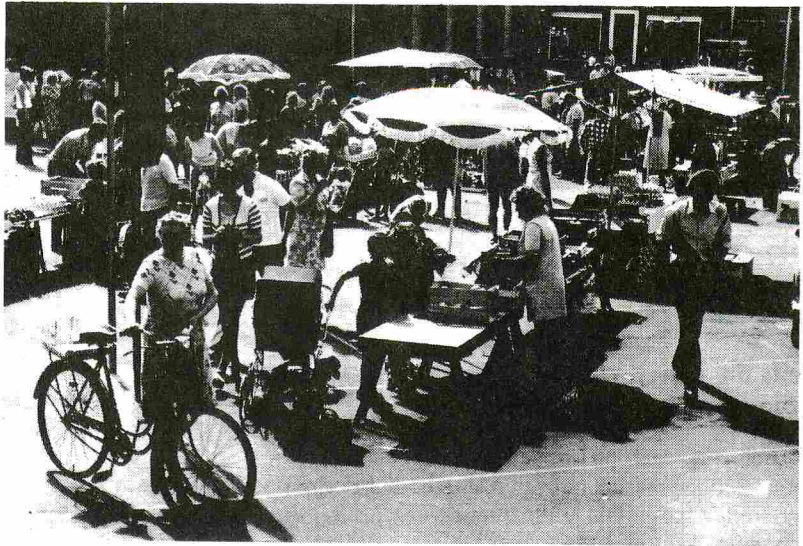
Zur Wiederholung:

- Geringere Überschaubarkeit der Verwaltung;
- längere Wege zur Verwaltung;
- größere und teurere Verwaltungsapparate;
- Gebührenangleichungen nach oben;
- große Probleme und Kosten, die mit einer Namensänderung zusammenhängen.

Die Bürgerinitiative „Mörfelden bleibt“ ist eine überparteiliche Vereinigung und wird nicht von der DKP gesteuert. Die DKP hat ihre Arbeit in der Bürgerinitiative nie zu partei egoistischen Zielen mißbraucht, sondern stets ihre Kraft in das Interesse der Sache gestellt. Im übrigen ist diese Behauptung eine Verleumdung der meisten Mitglieder der Bürgerinitiative, denn diese sind parteilos. Die inzwischen zusammengetragenen Unterschriften von mehr als 2.500 Bürgern stammen keineswegs alle von Kommunisten. Die Mörfelder SPD-Spitze um Eginhard Thomas, Gerhard Arndt und Dr. Streitz stellen sich mit ihren Äußerungen in gefährliche Nähe zu offenen reaktionären Kreisen, denn sie behandeln die Unterzeichner und Mörfelder Bürger als unmündig, denen man von oben diktieren muß, was zu geschehen habe, bloß weil elf Prozent von ihnen DKP gewählt haben. Mit solchen Aussagen, wie sie Dr. Streitz vom Stapel ließ, macht man sich keine Freunde. Die Deutsche Kommunistische Partei ist der Meinung, daß eine Unterschriftensammlung gegen die Folgen der Fusion und auch gegen den Namen „Waldfelden“ die Petition der Stadtverordnetenversammlung unterstützt und nicht behindert.

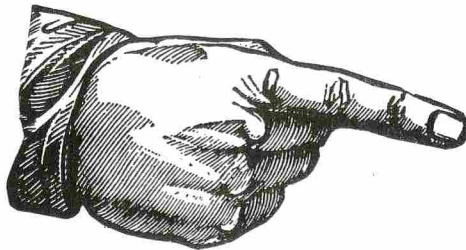
Wir meinen: Je mehr Bürger unterschreiben, desto mehr Gewicht erhält die Petition und desto eher wird man an oberer Stelle gezwungen sein, diese zu berücksichtigen. Zum Schluß möchten wir noch einmal an alle Mörfelder Sozialdemokraten appellieren, ihre Haltung zur Fusion zu überdenken. Denn mit ihrem neuerlichen Vorstoß stellt sich die SPD gegen die Mehrheit der Bevölkerung und gibt lediglich konservativen Kräften die Möglichkeit, Sympathien zu werben. Sie bringt keinerlei Vorteil für die linken Kräfte und ist auch nicht im Interesse der Bevölkerung

DKP-Mörfelden, i.A. Ernst Knöß



Jeden Samstag frisch vom
Mörfelder Wochenmarkt auf den Tisch:

**KARTOFFELN, GEMÜSE,
OBST, EIER, GEFLÜGEL,
KÄSE, BLUMEN UND
TOPFPFLANZEN.**



Marktzeit:
7.00 bis 12.00 Uhr

Die Marktbesucher

Leserbrief

Einen gemachten Fehler kann man einsehen!

Die Mörfelder SPD hat sich mit ihrer Fusionspolitik in eine Sackgasse verrannt. Das wird deutlich, wenn man die Reaktionen einiger führender Sozialdemokraten in der jüngsten Zeit betrachtet. Man kann ja verstehen, daß einige Leute unruhig werden bei der Mörfelder SPD, wenn Tausende Mörfelder Bürger gegen die geplante Fusion eintreten. Diese Stimmung der Bevölkerung war den Sozialdemokraten aber seit Jahren bekannt.

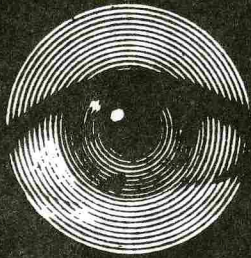
Die SPD hat diese Stimmung mißachtet, weil sie nicht gegen ihre eigenen Minister in Wiesbaden aufzutreten wollte. Jetzt hat sie aber den Salat. Es wird jetzt notwendig, daß sich auch

die Fusionsgegner in der SPD zu Wort melden. Denn auch hier gibt es viele, denen die eingeschlagene Richtung nicht paßt. Ich meine, daß gerade jetzt deutlich wird, daß die Entscheidung für die Stadt „Waldfelden“ falsch war. Auch heute gibt es keinen Grund, der für die Fusion spricht. Man muß deshalb alle Kräfte unterstützen, die gegen die Fusion sind.

Neue Initiativen sind in Wiesbaden notwendig. Dazu müßten die Mörfelder Sozialdemokraten einen Beitrag leisten. Ein Umdenken in der SPD ist nötig, wenn sie nicht der größten Wahlniederlage der Mörfelder Nachkriegsgeschichte entgegengehen will. Wer eine Politik für die Mörfelder Bürger machen will, der muß auch den Mut haben, gegen Fehler in der eigenen Partei Stellung zu nehmen

Mit freundlichen Grüßen
Rainer Haag, Forsthausstraße 45

BLICKPUNKT KOMMUNAL



Anfragen der DKP-Fraktion

Betrifft: Altes Rathaus

Wir fragen den Magistrat:

Warum wurde die, vom Bauausschuß einstimmig am 4.12.75 beschlossene, Prüfung des alten Rathauses, zu der die Kassenärztliche Vereinigung Hessen, Bezirksstelle Darmstadt eingeladen werden sollte, noch nicht durchgeführt?

Begründung:

In oben genannter Ausschusssitzung stand die Weiterverwendung des alten Rathauses auf der Tagesordnung.

Bestärkt durch das Interesse, das einige auswärtige Ärzte an einer Gemeinschaftseinrichtung in Mörfelden zeigten, schlug unsere Fraktion erneut die Prüfung dieses Hauses, auf eine solche Verwendbarkeit durch Fachkräfte, z.B. der Kassenärztlichen Vereinigung vor.

Wir sind der Meinung, daß der ärztlichen Versorgung der Bevölkerung bereits sehr gedient ist, wenn, aus räumlichen Gründen, auch nur zwei Praxen dort eingerichtet werden können.

Betrifft Kindergärten

Wir fragen den Magistrat:

1. a. Hat sich auch in Mörfelden, wie von anderen Orten berichtet, ein rückläufiges Interesse an einem Kindergartenplatz durch geburtenschwächere Jahrgänge bemerkbar gemacht?
- b. Wenn ja, ist es dann nicht angebracht, in Zukunft mehr dreijährige Kinder aufzunehmen?
2. a. Wie hat sich die seit einiger Zeit eingerichtete Ganztagesgruppe bewährt, bzw., welche Erfahrungen wurden hiermit gesammelt?
- b. Ist die gewünschte Sollstärke dieser Gruppe erreicht?
- c. Sind die Kriterien zur Aufnahme eines Kindes in diese Gruppe schuld an dem anfangs mangelnden Zuspruch und denkt man von seiten des Magistrats hierbei nicht grundsätzlich großzügiger zu verfahren?

Begründung:

Die Mitteilung in der Presse, daß demnächst in Rüsselsheim zwei Kindergärten wegen

fehlendem Bedarf geschlossen werden, veranlaßte uns, zu dem ersten Teil unserer Anfrage.

Die Fragen unter 2. stellen wir, da vom Magistrat bereits mitgeteilt wurde, daß es aus wirtschaftlichen Gründen günstiger sei, wenn die Ganztagesgruppe größer wäre.



„Internationaler Frauentag“

Mitglieder des Frauenarbeitskreises der DKP-Mörfelden verteilen rote Nelken und Flugblätter am Tor eines in Mörfelden ansässigen Betriebes.

Mehr Engagement für das Ärztehaus

NIEDER-RODEN. Ein stärkeres Engagement für das im Zentrumsgebiet geplante Ärztehaus beschloß die Gemeindevertretung von Nieder-Roden bei ihrer jüngsten Sitzung auf einen Antrag der CDU hin. Dabei soll der Gemeindevorstand überprüfen, ob die Kommune durch Zwischenfinanzierungen oder gar Übernahme der Bauträgerschaft das Projekt antreiben kann. In

Ist die CDU-Mörfelden, aber auch SPD und FDP, nur deshalb gegen ein Ärztehaus, Medizinisch-technisches Zentrum oder wie auch eine solche Gemeinschaftseinrichtung heißen mag, weil es in Mörfelden von der DKP-Fraktion gefordert wurde?

Sie würden unserer Bevölkerung einen schlechten Dienst erweisen.

Täglich lesen -



darum abonnieren!

BITTE VORMERKEN!

DKP

FRAKTIONSSPRECHSTUNDE
Montag, 5. April 1976
20.00 Uhr
Ludwigshalle (Sattler)

KINDERFERIEN IN DER DDR

Zwei Wochen für 60.-DM

Kinder von 10 bis 14 Jahren können vom 4. bis 20. Juli 1976 in ein Ferienlager bei Frankfurt/Oder fahren.

Interessenten melden sich bei:
Waltraud Träger, 6082 Mörfelden,
Hochstraße 6, Telefon: 06105 / 23255



Mörfelden gestern

Kerb 1920. Vier Schimmel zogen den Festwagen des „Arbeiter-Turn- und Sportbundes“. Das Bild entstand in der Langener Straße, vor den heutigen UT-Lichtspielen („Sattler“).

Die stärkste Organisation in der Sportbewegung war damals der 1893 gegründete Arbeiter-Turnerbund, der 1919 den Namen Arbeiter-Turn- und Sportbund (ATSB) erhielt. Am Ende der Weimarer Republik gehörten insgesamt 1,3 Millionen der Arbeiter-Turn- und Sportbewegung an.

Dieses Bild wird, neben vielen ähnlichen, im „blickpunkt“-Buch über die Mörfelder Arbeiter- und Sportbewegung zu finden sein, das Anfang Juni erscheinen wird.

FASTNACHTS NACHLESE



Könner in der Bütt – beim „Dämmer-schoppen“.

Protokoller Adam Georg knüpfte an alte Fastnachtstradition, die immer seltener wird. Mit Ironie und beißendem Spott zog er gegen die Fusion ins Feld, kritisierte das Leerstehen des alten Rathauses und verlangte, daß der Wasserturm „uffgefrischt werde“.

Mir wern schunn siege

In Wiesbade hawwe se iwwer Nacht sich was Scheißliches ausgedacht:
Das Kuckucksei, das heißt Fusion
Des ist doch werkllich de reinste Hohn!

Mir Merfeller solle Waldfeldener soi,
Was fällt dene Herrn denn eigentlich oi?

Daß die do mache so'n Gestank,
hawwe die noch alle Tasse im Schrank?

Vor 1200 Joahr, so steht im Archiv zu lese,

Is Merfelle schun en Ort gewese!

Nix gege die Walldorfer, doch aoptieren dun mer se nit,
Sonst bezahle mer dene aach noch ihr Schulde mit.

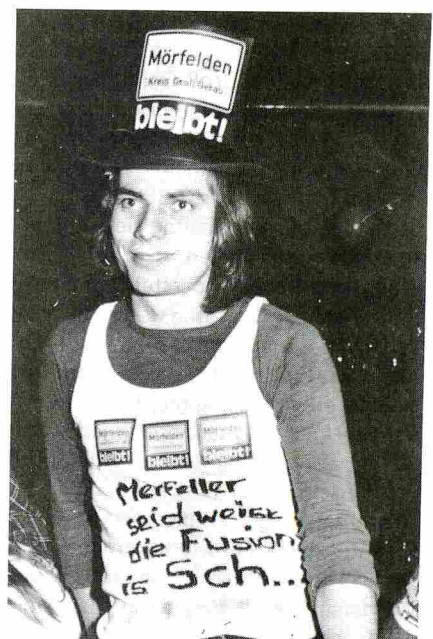
Mer mache da aach koan Kompromiß

Merfelle bleibt, was es is!

Deshalb lasse mer uns net unnerkriege

Mir kämpfe unn mir wern schunn siege!

Anti-Fusionsbeitrag aus der Büttendrede von Mörfeldens „Dämmer-schoppen-Protokoller“ Adam Georg.



Auf dem Maskenball geknipst: „Merfeller seid weise – die Fusion ist Sch. . .!“

Jedes vierte Kleinkind hat Gesundheitsschäden Kinderärzte klagen an

Gleich zu Beginn des neuen Jahres schlagen die Kinderärzte Alarm: Jedes vierte Kleinkind in der BRD hat gesundheitliche Schäden. Das ergaben ärztliche Untersuchungen in München und Hamburg. Die soziale Kinderheilkunde sei „verfallen“, erklärte der bekannte Jugendmediziner, Professor Hellbrügge, München. Diese Feststellung wird durch die Tatsache bekräftigt, daß 365.000 Kinder unter 16 Jahren in der Bundesrepublik körperlich, geistig oder seelisch behindert sind.

In Hamburg und München wurden Hunderte von Säuglingen und Kindergartenkindern von einem Ärzteteam untersucht. Jetzt steht das erschütternde Ergebnis fest: bei 22 Prozent der untersuchten Kleinkinder wurden Schädigungen und Entwicklungsstörungen festgestellt. Das teilte die von der Ärzteschaft herausgegebene Kölner Zeitschrift „Medizin heute“ in ihrer Januar-Ausgabe mit. Die Kinderärzte schlagen öffentlich Alarm und klagen dabei die Bundesregierung an. Professor Hellbrügge, Leiter des Instituts für soziale Pädiatrie und Jugendmedizin, der dem Münchner Ärzteteam angehört, erklärt: „Über fünf Millionen Vorsorgeuntersuchungen

im Jahr nützen nichts, wenn kranke oder entwicklungsgestörte Kinder keiner Behandlung zugeführt werden können, obwohl die Frühbehandlung Milliardensummen einsparen könnte.“ Die zuständigen Ministerien haben für das notwendige Forschungsprogramm keine Gelder bewilligt. Die Zeitschrift stellt fest, daß es an „exakten Kenntnissen über die Entwicklung des gesunden Kindes“, an einfachen Testprogrammen und insbesondere an Geld für intensivere Untersuchungen und für die Ausbildung von Kindertherapeuten fehle, „zumal namhafte Kapazitäten in den Tagen des Dritten Reiches verfolgt worden“ seien.

Diese Aussagen der Ärzte unterstreichen die Feststellungen, daß in der Bundesrepublik besonders kinderfeindliche Zustände herrschen. Das um so mehr, weil sich die Regierung weigert, zugunsten von sozialen Aufgaben und für mehr Gesundheitsschutz auf mindestens sechs Milliarden DM des Militärbudgets 1976 zu verzichten. Damit könnten die Forderungen der Ärzte und die Forderungen in der UN-Erklärung über „die Rechte des Kindes“ erfüllt werden. Diese Erklärung hat auch ihren Niederschlag in den gesundheitspolitischen Vorschlägen der DKP gefunden. Zu ihrer Einhaltung hat sich auch die Bundesregierung verpflichtet. In ihr wird betont, daß alle Kinder Anspruch auf „besondere Fürsorge und Schutz, einschließlich angemessener Pflege vor und nach der Geburt“ sowie „das Recht auf ausreichende Ernährung, Wohnung, Erholung und ärztliche Betreuung“ haben.

Lebers CDU-Wahlkampf

Der Unterbezirk Groß-Gerau der SPD hatte Bundesverteidigungsminister Leber als Referent für eine Versammlung in Gustavsburg „gewonnen“. War es wirklich ein Gewinn für die SPD?

Sozialdemokraten sollten sich einmal folgende Frage stellen:

Wenn, wie Leber es darstellt, es eine militärische Bedrohung durch die sozialistischen Länder, insbesondere durch die Sowjetunion gibt, ist dann das Interesse der Bevölkerung nicht besser bei der CDU aufgehoben, die zu jeder Zeit zur Rechtfertigung ihrer Rüstungspolitik von dieser Behauptung ausging?

In meiner Fragestellung hatte ich auf die Aussage des Militärkommentators der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“, Weinstein, verwiesen, der am 13. Januar 1976 schrieb:

„Die CDU kann mit Befriedigung feststellen, daß ihre Thesen über die Sicherheit vom derzeitigen sozialdemokrati-

schen Verteidigungsminister Leber fast ohne Veränderungen übernommen worden sind. Eine bessere Bestätigung für die Richtigkeit ihrer Militärpolitik kann es für die Opposition nicht geben. . .“

„Selbst für den Fachmann ist es schwer, die Unterschiede zwischen Lebers und Wörners (CDU „Militärexperte“; J.K.) militärpolitischen Konzept zu erkennen.“

Leber bestritt diese Übereinstimmung nicht. Im Gegenteil, er sah darin eine Bestätigung der Richtigkeit seiner Politik. Warum sollten die Menschen die Kopie wählen, wenn sie auch das Original erhalten können?

Auf meine Frage nach einem eigenen Abrüstungsvorschlag konnte Leber keine Antwort geben, weil er einen solchen Vorschlag so wenig hat wie die CDU/CSU.

Dafür setzte er sich nachdrücklich für die Anschaffung des Mehrzweckflug-

zeuges MRCA ein, dessen Entwicklung schon 2,3 Milliarden DM gekostet hat und der Systempreis auf weitere 35 bis 40 Millionen DM pro Maschine veranschlagt wird.

Leber versuchte, dieses Flugzeug als Verteidigungswaffe hinzustellen, obwohl der frühere Inspekteur der Luftwaffe, Steinhoff, die „Eindringtiefe“ dieses Flugzeuges hervorgehoben hat und die Tatsache, daß dieser Atombombenträger den „russischen SAM-Raketenzaun durchbrechen“ könne.

Betroffen mußten aber selbst Leute sein, die wie ich wenig Illusionen über Leber haben, von der Kaltschnäuzigkeit, mit der er sich dazu bekannte, bereit zu sein, als Erster die Atomwaffe einzusetzen. Hier läßt sich Leber gar nicht mehr mit jedem innerhalb der CDU, sondern nur mit Leuten vom Schlage Strauß vergleichen. Josef Knecht

Berufsverbot

Zum Beispiel: Gretel Bühler

In Hessen gibt es zirka 60 Lehrerinnen und Lehrer, die vom verfassungswidrigen Berufsverbot betroffen sind. Betroffene im Kreis Groß-Gerau sind u.a. die Lehrerinnen Angelika Wahl aus Groß-Gerau, Helga Hoffmann aus Bischofsheim und Gretel Bühler aus Stockstadt. Wir fahren nach Stockstadt, um genauer zu erfahren, wie Berufsverbotspraxis aussieht.

Im Lehrerhaus am Marktplatz empfing uns die kleine Lehrerin und gab uns bereitwillig Auskunft. Sie kommt aus einer Arbeiterfamilie, ihr Vater ist Schlosser. Trotz großer Schwierigkeiten ermöglichten es ihre Eltern, daß sie studieren konnte.

Im Juni 1971 legte Gretel Bühler erfolgreich ihre erste Lehrprüfung für die musisch-technischen Fächer Leibeserziehung, Hauswirtschaft und Bildnerische Erziehung ab.

Daraufhin folgte ein Aufbaustudium von drei Semestern, das mit der ersten Lehrprüfung für das Lehramt an Volksschulen und den Fächern Sozialkunde

und Leibeserziehung im Mai 1973 ebenfalls erfolgreich beendet wurde. Während dieser Zeit unterrichtete Gretel Bühler bereits nebenberuflich in Rheinland-Pfalz. Zum 1.8.1973 trat sie als Referendarin in den hessischen Schuldienst ein. Noch während ihrer Referendanzzeit legte sie die Große Erweiterungsprüfung für das Lehramt an Haupt- und Realschulen im Fach Deutsch an der Universität Frankfurt ab. Nach sechs Jahren Ausbildung und Weiterbildung legt sie im Juni vergangenen Jahres ebenso erfolgreich ihre zweite Lehrprüfung an der Mittelpunktschule Goddelau ab.

In dem Betrieb, in dem er während des Krieges als Mechaniker ausgebildet wurde, BBC, Werk Groß-Auheim, wurde er bald zum Vertrauensmann seiner Abteilung und zum Betriebsjugendvertreter gewählt. Stellvertreter der Vorsitzender des Ortsjugendausschusses in Hanau, zeitweise Mitglied des Verwaltungsvorstandes der IG Metall, waren die nächsten Funktionen, in die er durch das Vertrauen seiner Kollegen kam. Später nach Neu-Isenburg verzogen, war er hier stellvertretender Vorsitzender des Ortskartells des DGB. Als Mitglied im Bezirksvorstand der DKP-Hessen und dort verantwortlich für Wirtschafts- und Sozialpolitik, gehört es heute zu seiner Hauptaufgabe, sich mit der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Arbeiter und Angestellten in den Betrieben zu beschäftigen.

Josef Knecht lehnt entschieden jede Abwälzung der Krisenlasten auf die Schultern der arbeitenden Menschen ab. Nicht mit höheren Gewinnen der Großunternehmer, sondern mit mehr Massenkaufkraft kann der Arbeitslosigkeit entgegengewirkt werden, ist seine Meinung. Seine volle Unterstützung gehört in der nächsten Zeit einer Aufklärungsaktion der DKP gegen geplante Kernkraftwerksbauten im Ballungsgebiet Rhein-Main. Wie alle DKP-Kandidaten wird er zur Unterstützung der Finanzierung des Wahlkampfes einen persönlichen Kredit von 2000 DM aufnehmen und der DKP zur Verfügung stellen.



**Seppel Knecht ist
Bundestagskandidat der DKP**

In der Wahlkreismitgliederversammlung für den Wahlkreis 143 (Kreis Groß-Gerau und südwestlicher Teil des Main-Taunus-Kreises) am Freitag, dem 5. März 1976, wurde Josef Knecht zum Bundestagskandidaten der DKP gewählt.

Er war schon in früheren, getrennt durchgeführten Versammlungen im Kreis Groß-Gerau und dem Main-Taunus-Kreis einstimmig dafür vorgeschlagen worden.

Josef Knecht ist 48 Jahre alt, verheiratet und hat drei Kinder. Schon seit langem ist er mit der Arbeiterbewegung eng verbunden. Er ist Mitglied der Gewerkschaft vom ersten Tag der Wiederzulassung durch die Besatzungsmacht.

Einen Tag vor den Herbstferien erhielt Gretel Bühler jedoch die Aufforderung, im Regierungspräsidium in Darmstadt zu einem Anhörungsgespräch zu erscheinen. Dort warf man ihr unter anderem vor, daß sie von den Studenten der Erziehungswissenschaftlichen Hochschule Worms im Januar 1972 als Fachschaftsvertreterin gewählt worden war als Kandidatin des MSB Spartakus und Mitglied der DKP. Auch hielt man ihr vor, daß sie im April 1972 mit einer Studiengruppe die DDR besuchte. Das reichte dem sozialdemokratischen Kultusminister bereits. Mit einem Federstrich zerstörte Krollmann die berufliche Zukunft eines jungen Menschen. Gretel Bühler erhielt Berufsverbot. Es nützte ihr nichts, daß die genannten Vorhaltungen ausnahmslos in die Zeit ihres Studiums fallen.

Es nützte ihr nichts, daß man ihr nicht einen einzigen Verstoß gegen geltende Gesetze vorwerfen konnte.

Es nützte ihr nichts, daß sie ihr positives Verhältnis zum Grundgesetz ausdrücklich bestätigte.

Es nützte ihr nicht, daß sich Eltern, Lehrer und Schüler für sie einsetzten. Trotz eines Gesamtnotendurchschnitts von 2,0 und fünf Fächern mit abgeschlossenem Studium erhielt Gretel Bühler zum 1. Februar 1976 keine Einstellung.

Gretel Bühler, eine beliebte Lehrerin, ist jetzt arbeitslos. Sie darf nicht unterrichten, obwohl nach wie vor viele Lehrer fehlen.



Samstags, von 9 bis 12 Uhr am Dalles. Mitglieder der DKP-Mörfelden verkaufen die UZ.

Kennen Sie schon die UZ? Sprechen Sie unsere Zeitungsverkäufer ruhig einmal an!

Die Wochenendausgabe, die wir vertreiben, kostet 50 Pfennig. Man kann sie abonnieren oder auf dem Rathausplatz kaufen.

Übrigens: Wer sie jeden Tag lesen will, bestellt die UZ-Tageszeitung.

„blickpunkt“ Festtage



„Hey Boss...“

„Hey Boss, ich brauch' mehr Geld“, „er fährt ‚nen 30-Tonner-Diesel“. Das waren zwei der großen Hitparadenrenner der letzten Monate, die aus jeder Musikbox dröhnten. Gesungen wurden sie von Gunter Gabriel.

Dieser Gunter Gabriel hat eine Werbemasche: Er läßt sich von seinen Werbeleuten gerne im Kreis von Arbeitern fotografieren. Seine Plattenfirma preist seine Songs als „Lieder aus der Arbeitswelt“ an. Somit wird der Eindruck erweckt, Gabriel ginge es um die Sache der Arbeiter.

Doch wer dies glaubt, der sitzt einem gewaltigen Bluff auf: Gabriel ist in Wirklichkeit ein konservativer im progressiven Schafspelz. Das zeigt zum einen sein politisches Engagement: So unterschrieb er etwa im Februar einen Vertrag mit der CDU, für die er — für 4.000 DM Abendgage — auf Wahlkampfveranstaltungen singen wollte. Von diesem Vorhaben ließ er später dann nur deshalb ab, weil ohm sein Manager klar machte, daß ein öffentliches Eintreten für die Unionsparteien seiner Popularität wohl mehr schade als nützt.

Seine konservativen Vorstellungen spiegeln sich auch in seinen Liedertexten wider. So zum Beispiel in „Hey Boss...“: „Ich bin Bruno Wolf und seit 15 Jahren im Betrieb. Ich war immer pünktlich und habe meine Arbeit getan. Und ich habe meinen Mund gehalten.“ So einen Arbeiter wünscht sich wohl jeder Unternehmer: immer pünktlich und strebsam. „Einer, der die Firma stützt und der sie hält“, nie aufmüpfig und vor allem unengagiert: immer schön den Mund gehalten. Von Solidarität scheint Gabriel nichts zu halten: Lohnforderungen sind für ihn nicht Gegenstand gewerkschaftlicher Tarifverhandlungen, sondern die individuelle Angelegenheit jedes einzelnen mit „Hey Boss...“

Sein Lied vom 30-Tonner-Diesel ist ebenso schlimm: Der besungene Fernfahrer träumt davon, „irgendwann einmal was ganz anders“ zu machen, da ihn seine Arbeitsbedingungen zermürben. Mit keinem Wort wird erwähnt, welche Möglichkeiten es gäbe, diese Bedingungen zu ändern. Statt dessen läßt Gabriel seinen Fernfahrer von besseren Zeiten träumen, so, als würde sich die Welt nicht durch politischen Kampf, sondern von alleine ändern.

Und auch andere Lieder Gabriels hauen in die gleiche Kerbe: „Und du drängst dich in der Straßenbahn und du kommst an und der Pförtner sagt dir, der Betrieb ist eingestellt, — bleib ruhig, Mann!“

So hätten sie es gerne: Ruhig bleiben, den Mund halten, von besseren Zeiten träumen, aber ja nichts dafür tun.

Die Unternehmer haben in Gunter Gabriel ein gut funktionierendes Sprachrohr gefunden: Er nimmt ihnen einen guten Teil ihrer Öffentlichkeitsarbeit ab und verdient dabei auch noch ganz gut

„Die Stadtfarbe ist rot!“

(Paragraph 8 der Satzung)

Berichte aus der Arbeiter- und
Sportbewegung Mörfeldens

Unter diesem Titel erscheint zur 1.200-Jahr-Feier der Stadt Mörfelden im Juni 1976 eine reich illustrierte Geschichte der Arbeiter- und Sportbewegung.

Das Buch wird zirka 250 Seiten umfassen und wird im Großformat 21 x 29,7 cm gedruckt. Herausgeber ist der „blickpunkt“, die Stadtzeitung der DKP-Mörfelden.

Im Buch werden eine Reihe Raritäten abgedruckt, so über 100 Fotos und Berichte von der Jahrhundertwende bis in die heutige Zeit.

Diese Chronik der Arbeitergeschichte dieser Stadt ist ab 1. Juni bei allen Mitgliedern der DKP-Mörfelden und beim „blickpunkt“ für 15,— DM erhältlich.

Ab sofort nehmen wir Vorbestellungen entgegen.

Bis 1. Mai 1976 gilt ein Subskriptionspreis von 10,— DM.

Wir bitten alle Interessenten, möglichst bald Bestellungen aufzugeben, damit die Endauflage festgelegt werden kann.